

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Adten & Comp., Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Eduard Kersch, Dresden.

Organpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post monatlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Nr. 13 Nummer 80 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 281. (Schreibstube nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Schlußzeit: Wettinerplatz 10, Tel. 25 281. (Schreibstube von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.)

Anzeigenpreis: die 9 spalten Nonpareilzeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 8 spalten Nonpareilzeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefverbreitung 80 Pf.

Nr. 256

Dresden, Mittwoch den 3. November 1920

31. Jahrg.

Finanznot als Wahlköder

Die Deutsche Volkspartei hat ein als Nr. 1 bezeichnetes Wahlflugblatt

herausgegeben, das in seiner Aufmachung von reichgefüllten Wahlkästen zeugt. Das kann nicht übersehen werden. Ist diese Partei doch hervorgegangen aus dem

Fabrikantenflügel der früheren Nationalliberalen. Daraus ergibt sich ohne weiteres als besondere Aufgabe der Deutschen Volkspartei, sich der Großkapitalisten anzunehmen und für den Profit in der freien Wirtschaft besorgt zu sein.

Jetzt geht sie in dem genannten Flugblatt mit der Finanznot des Landes auf den Wählerfang. Die rapid gewachsenen Ausgaben, die Schulden der Staatsbetriebe, die sich angewachsenen Staatsschulden — alles wird geflüstert zusammengestellt. Deshalb? Es soll so die Meinung ertrocknet werden, die sozialistisch-demokratische Regierung und die Volkskammermehrheit habe das alles verschuldet. Wer aus der ruinösen Finanzlemme heraus wolle, der müsse die deutschvolksparteiliche Liste wählen.

Tiefe Partei hat aber die Politik der Kriegsverlängerung mitgemacht, sie hat am meisten gejubelt, als alle Versuche,

einen Verständigungsfrieden herbeizuführen, scheiterten. Sie hat es so mit zu verantworten, daß wir auch finanziell außerstumpft worden sind.

Die fälschliche Finanznot wie die wirtschaftliche Erschöpfung sind die Folgen dieser Politik.

Diese Großkapitalistenpartei hat zuletzt ein Recht, mit der Finanznot zu operieren. Als Sachsen in schlimmer finanzieller Bedrängnis verfiel, in seinem Lande eine Anleihe unterzubringen, ist es von den

Großkapitalisten kaischnüzig im Stiche gelassen worden.

Sie zeichnen nicht, weil sie sich keinen besondern Gewinn davon versprechen. Dadurch ist Sachsens Finanznot noch mehr gestiegen und so dazu verurteilt worden, viele Millionen schwebender Schulden aufzunehmen.

Und jetzt gehen dieselben Leute mit diesen Schulden unter Vorwürfen auf die Regierung freisen.

Das wollen wir uns merken. Wie der Staat im Stiche gelassen wurde, als er in finanzieller Bedrängnis auf die Großkapitalisten baute, so würde das Volk verraten und verlassen sein, wenn es sich von dieser Partei zur Landtagswahl födern ließe.

Neue Putzgerüchte

Hamburg, 2. November. Das Hamburger Echo bringt heute folgende Mitteilung:

«Es, was in Deutschland sich um das Hakentanzhart, die Orgesch organisiert und sich sonst dazu bekenn, hält den Tag für gekommen, um einen neuen gewaltigen Putz gegen die Republik zu unternehmen. Den Konarshipen ist in der letzten Zeit der Kampf gewaltig geschwunden. Auf allen ihren Tagungen und Versammlungen redeten sie recht deutlich über ihre frechen Absichten, ein Zeichen, daß das geheime Fäden und Arbeiten seit der Revolution, Truppen sonstiger Organisationen zusammenzubringen, nicht ohne Erfolg gewesen ist. Bayern hat die Führung in diesem verbrecherischen Plan, aber von dort aus hat das Unternehmen sich über ganz Deutschland ausgebreitet, das in Bezirke eingeteilt ist. Jeder Bezirk hat seine bestimmten Aufgaben.

Am 5. November

«Ich nach den übereinstimmenden Nachrichten, die uns mit detaillierten Angaben zugehen, der Putz versucht werden. Die nationalpolitischen Anhänger werden jedoch ihre Rechnung ohne die Arbeiterschaft gemacht haben. Wie dem Rapp-Putz, wird auch dem neuen Verbrechen von der Arbeiterschaft mit aller Entschlossenheit begegnet werden. Nur eines, das darf man jetzt schon sagen, wird sich diesmal ändern, die Arbeiterschaft wird die Verbrecher am Volk und an der Republik nicht wieder den bürgerlichen Behörden und der Justiz zur Beurteilung überlassen, sondern sie wird selbst urteilen und die Urteile selbst vollziehen.

Der Vorwärts bemerkt dazu: In der letzten Zeit gingen auch uns verschiedene Meldungen zu, in denen der 6. oder 7. November als Tag des geplanten neuen Reichsputz bezeichnet wurde. Die Regierung wird gut tun, diesen Gerüchten nachzugehen. Es ist nur zweierlei möglich: entweder ihnen liegen irgendwelche Tatsachen zugrunde, die möglicherweise übertrieben sein können, oder sie werden von irgend-einer interessierten Stelle zum Zweck der Irreführung ausgepflegt.

Wichtig der bürgerlichen, besonders der rechtsstehenden Presse schiene es uns, die ihr nahestehenden Kreise vor Unbesonnenheiten zu warnen, die dem deutschen Volk nach dem Urteil aller Denkfähigen doch nichts anderes bringen könnten als neue Verluste an Gut und Blut. Anstatt dessen führt ein Teil der Rechtspresse eine maßlos aufhebensde Sprache. Zu demselben Kapitel gehört es, wenn die Zeitung dem Genossen Scheidemann unterstellt, er wolle „die Diktatur der Straße“. Die Sozialdemokratie hat alles getan, was sie tun konnte, und tut noch, was sie kann, um die Entwicklung des Reiches, dem Volkswillen entsprekend, in geordneten Bahnen zu leiten. Gegen Versuche, diese Entwicklung verunstaltet zu beeinflussen, wird sie ihren Mann sehen, wie sie ihn bisher stets gestanden hat.

Es ist möglich, daß Warnnachrichten über bevorstehende Reichsputsche von den Putzisten oder von ihnen nahestehenden Kreisen selbst verbreitet werden, um sie unglaublich wichtig zu machen und so eine Stimmung der Vertrauenslosigkeit herbeizuführen, die ihren Plänen nützlich ist. Die arbeitenden Massen müssen daher stets auf dem Wachen sein, damit ein Putz wie der vom 13. März keine Wiederholung findet, oder, wenn er dennoch wiederholt werden sollte, genau dieselbe Abwehr erfährt wie jener.

Unternehmer und Sozialisierung

«Mit Hochdruck wird jetzt im Unternehmerlager gegen die drohende Sozialisierung des Kohlenbergbaues gearbeitet. Ueberall, wo Vertreter des Großkapitals zusammenkommen, so z. B. auf dem Deutschen Banktag und in den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften, werden Reden gegen die Sozialisierung gehalten, und das Schreckbild einer völligen Zerrüttung der deutschen Wirtschaft, die die Sozialisierung des Bergbaues zur Folge haben soll, wird an die Wand gemalt. Unter andern hat auch Herr Hugo Stinnes im Vereinigten Ausschuss des Reichswirtschafts- und Reichskohlenrates eine Rede gehalten, in der er sich mit der Sozialisierungsfrage befahte. Er führte dort aus:

«In der Wirtschaft geht der Impuls stets von ganz wenigen Personen aus. Schallen Sie diese aus (Jurist: Wir wollen Sie einschalten!), wenn Sie mich einschalten wollen, so bin ich in kurzer Zeit nichts mehr wert; wenn Sie mich in ein andres Bild setzen wollen, so kann ich nichts mehr leisten. Ich will Ihnen etwas sagen: Als Privatmann kann ich der Sache wegen umsonst eher arbeiten, als daß ich arbeite als Angestellter für eine Vielzahl von Personen, die nichts von der Sache verstehen. (Jurist: Wenn Sie jetzt ein paar Leute fänden in Deutschland, die auf privatwirtschaftlicher Grundlage ergötzen nicht bloß Kohlenbezugslisten sind, die einen solchen Lieberbild über die Bedürfnisse der ganzen deutschen Volkswirtschaft haben, so daß Sie ihre Aufgabe jetzt vorübergehend erfüllen könnten, so würde später die deutsche Wirtschaft mit diesen paar Leuten glücklich werden. Eray gibt es nicht mehr in einem zentralistischen System.

«Wenn wir irgendwas ein großes neues Unternehmen schaffen wollen — ich rufe hier alle Herren aus der Unternehmung zum Zeugnis —, so stellen wir zwei Vorträge: Erstens, wo ist der Mann, der es macht? Zweitens, wo sind die tüchtigen Arbeiter? Wenn man sie nicht beide findet, läßt man die Finger davon. Diese Zeitung müssen wir auch in Zukunft haben. Sie müssen dem Unternehmer lassen, was der Unternehmer ist, die Führung, und Sie müssen dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft möglichst große Gewinne, gutes Auskommen aus dem Unternehmen hat.

«Es ist ein altes Fachtunstück der Verteidiger des Kapitalismus, es so darzustellen, als ob der Kampf der Sozialdemokratie sich gegen die Männer richte, die im Wirtschaftsleben an leitender Stelle tätig sind. Auch Herr Stinnes hat sich diese durch nichts gerechtfertigte Auffassung zu eigen gemacht. Immer wieder bekommen wir zu hören, daß die Sozialisierung deshalb schädlich wirken müßte, weil dadurch die „Initiativen des Unternehmers“ lähmgelegt würde. Aber zum Unternehmertum gehören die verschiedensten Persönlichkeiten. Wir rechnen dazu sowohl den Leiter eines großen Industriebetriebes als den Besitzer eines Abzählungsgeschäftes, der der Bevölkerung durch getiffene Reisen überflüssigen und geschmacklosen Schund aufzudrängen will. Unternehmer ist sowohl der Mann, der vom frühen Morgen bis zum späten Abend tätig ist, um sein Geschäft weiter zu entwickeln, aber auch der Aktionär, der alljährlich seine Dividenden einnimmt, aber nicht einmal zu wissen braucht, wo sich seine Fabrik überhaupt befindet.

Der Aktionär ist eine wirtschaftliche Drohne, der ohne jede Schädigung der Produktion entbehrt werden könnte. Aber unter den Leuten, die eine leitende Stelle in unserer Industrie einnehmen, sind zweifelhafte Männer, deren Tätigkeit für unser Wirtschaftsleben nur schwer zu entbehren wäre, die Organisatoren großen Stils sind und die durch ihre Tätigkeit viel dazu beitragen, den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt zu fördern. Aber neben ihnen finden wir viele Unternehmer, deren Tätigkeit für unsere Volkswirtschaft mehr schädlich als nützlich ist, die ihren Betrieb so lange wie möglich im alten Trott weiterführen und sich nur schwer zur Einführung wirtschaftlicher und technischer Fortschritte zur Einführung wirtschaftlicher und technischer Fortschritte entschließen. Sehr oft stehen in der kapitalistischen Gesellschaft Unternehmerinteressen im Gegensatz zu denen der Gesamtheit. Wir brauchen nur daran zu erinnern, wie sehr die gegenwärtige Krise durch die unerfällige Profitgier eines großen Teils unserer Fabrikanten und Kaufleute verschärft wurde, die ihr Heil in ungeheuren Preisen sahen, es nicht rechtzeitig versuchten, durch billige Warenangebote die Kaufkraft der Bevölkerung wieder zu heben. Der Zweck der Sozialisierung ist es, den Profit zu beschränken und an die Stelle der kapitalistischen Anarchie eine planmäßige Wirtschaft zu setzen. Aber es ist nicht einzusehen, warum wir nach Durchführung der Sozialisierung auf die Tätigkeit hervorragender Wirtschaftsführer verzichten müßten. Wenn Stinnes es sich heute nicht denken kann, daß ein Mann von seinen Fähigkeiten statt im Dienste des Privatkapitals im Dienste der Allgemeinheit tätig ist, so liegt das daran, daß er zu tief in den überfälligen Anschauungen seiner Klasse steckt. Herr Stinnes spricht davon, daß er nicht für eine Vielzahl von Personen arbeitet, die von der Sache nichts verstehen. Aber hat Herr Stinnes Scheuklappen vor den Augen? Vermag er nicht zu sehen, daß er auch heute für viele Personen arbeitet, die „von der Sache nichts verstehen“? Will er etwa behaupten, daß alle Aktionäre der Unternehmungen, an deren Rettung er beteiligt ist, Sachverständige in den Fragen der Eisenindustrie und des Kohlenbergbaues sind?

Die Herren vom Großkapital stellen es als eine unabänderliche Tatsache hin, daß es mit der Bewegungsfreiheit der Wirtschaftsdirektoren vorbei sein müsse, wenn die Sozialisierung durchgeführt ist. Sie denken dabei stets an die Staats- und Gemeinbetrieb, die jetzt von dem Beamtenapparat verwaltet werden. Auch mit diesen Betrieben sind durchaus nicht überall schlechte Erfahrungen gemacht worden. Die verstaatlichten deutschen Eisenbahnen können sich neben

Hardings Sieg

Eigene Drahtmeldung

«Berlin, 3. November. Ueber die amerikanische Präsidentschaftswahl meidet ein Reporter den Ausspruch der T. J., daß der republikanische Kandidat Harding mit überwältigender Mehrheit gegen den demokratischen Cox gewählt wurde. Bis Mittag waren von den insgesamt zu wählenden 530 Wahlmännern 194 für Harding und 117 für Cox gezählt. Weitere Meldungen besagten, daß Harding sowohl auf dem fachen Lande wie in den Städten die Mehrheit erhalten habe. In den beiden New Yorker Wahlbezirken, in denen die härteste Abgabe sozialistischer Stimmen zu erwarten war, ist Harding mit einer Majorität von 600 000 Stimmen gewählt worden. In 23 Staaten ist Harding mit einer durchschnittlichen Majorität von 2:1 aus den Wahlen hervorgegangen. Die Sozialisten scheinen sich allerdings für Cox ausgesprochen zu haben.

Die russische Tragödie

«Kopenhagen, 3. November. Der langste Abend wird aus Romo telegraphiert: Die Moskauer Zeitungen enthalten eine offizielle Mitteilung, daß die Sowjetregierung großen Vorbereitungen zu einer Konferenz in Moskau, terroristischen Mission gegen die Sowjetregierung auf die Spur gekommen sei. Es heißt in der Mitteilung, die Regierung sei entschlossen, mit allen Mitteln das Sowjetregime zu verteidigen, und fordere alle Kommunisten auf, auf dem Boden zu sein. Die Rassenverhaftungen in der Stadt werden fortgesetzt. Sämtliche Mitglieder des General- und Marinekorps sind in die Kasernen verpackt. Gleichzeitig wurden in Orenburg 3000 zaristische Offiziere interniert. Da mehrere Regimenter in Smolensk zu neuem Beginn, wurden alle aus Smolensk in Moskau eingetroffenen roten Truppen entlassen.

«Trotz der nach der Braub in einer Versammlung in Petersburg erklärt: Wir ist bewusst, daß Hungernot bevorsteht, und ich bin ebenfalls vertraut mit den Gefahren, die die Winterhärte mit sich bringt. Die Bourgeoisie der ganzen Welt bereitet sich auf den Sieg vor. Wir über wollen bewachen, daß sie sich irr. Wir müssen gegen und unsere Feinde vereinen. Seid ihr wenn auch drei Viertel der russischen Bevölkerung in Hunger und Kälte sterben sollte, werden die Uebrigbliebenen weiter leben zur Vorbereitung des Sieges der Weltrevolution.

Meutereien in der polnischen Armee

«Rom, 2. November. Unzuverlässigen Nachrichten zufolge hat das 201. Regiment der Warschauer Division die Front verlassen und sich nach Polen zurückgezogen. Den Truppen werden folgende: Da die Soldaten aber auf keine Volkswesten ließen, weigerten sie sich, weiterzukämpfen. Die 20. und 21. Regimente haben ebenfalls mehrere Male Meutereiver suchte gemacht.

«Die litauische Regierung leitete dem Völkerbund mit, daß die Feindseligkeiten in den Frontabschnitten, wo die Litauer mit polnischen Truppen, die von der polnischen Regierung als nicht aufständisch bezeichnet sind, zusammenstießen, eingestellt worden sind. Da an den anderen Fronten das litauische Heer ständig von neuem angegriffen wird, ist es gezwungen, sich ebenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen.

Ein polnisch-litauischer Geheimvertrag

«Kopenhagen, 2. November. Aus Gelsingborg wird gemeldet, daß zwischen Polen und Litauen ein Geheimvertrag abgeschlossen wurde, der die Aufteilung Litauens unter die beiden genannten Länder zum Ziel hat. Der nördliche Teil Litauens einschließlich Schaulen soll Litauen zufallen. Dem Rest erhält Polen. Dieser Plan wird von Frankreich unterstützt, das auf diese Weise Deutschland vollständig von Rußland abschneiden will. Polen wird demnach erhalten, das mit Polen durch einen neuen Korridor längs der Ostgrenze Ostpreußens verbunden werden soll.

den Privatbahnen in andern Ländern durchaus sehen lassen und auch die Gemeinbetriebliche haben oft Vorzügliches geleistet. Zuggeben ist, daß sich die überlebten Formen des Staats- und Gemeinbetriebes für viele Wirtschaftszweige nur schlecht eignen. Die Bindung an den Staat und an parlamentarische Bewilligungen beruht die Bewegungsfreiheit der Leitung und das Beamtenystem erschwert es, die leitenden Stellen mit geeigneten Männern zu besetzen, weil ungeeignete Kräfte nur schwer ausgeschaltet werden können, ferner weil die Beamten nach dem Dienstalter aufsteigen und die Gehälter so gering sind, daß es oft nicht gelingt, für die leitenden Stellen besonders tüchtige Leute zu gewinnen. So hat man zum Beispiel festgestellt, daß die staatlichen Bergwerke in Preußen wie die Privatbetriebe gleiches Resultat arbeiten. Aber es brennt ja auch niemand daran, das System der bürokratischen Verwaltung, das heute noch in den Staats- und Gemeinbetrieb üblich ist, für sozialisierte Betriebe zu empfehlen. Im Gegenteil, in allen neueren Schriften über die Sozialisierung, so vor allen Dingen in dem Gutachten der Sozialisierungskommission wird jegliche Bürokratisierung der Wirtschaft durchaus abgelehnt. Man ist sich durchaus darüber klar, daß es für den Fortschritt des Sozialismus von der größten Bedeutung ist, daß tüchtige Wirtschaftsführer sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

Warum soll es nicht möglich sein, daß wir uns bei sozialisierten Betrieben der Verwaltungsform bedienen, die sich bei den Aktiengesellschaften bewährt hat? Warum soll der Leiter eines der Allgemeinheit gebührenden Betriebes nicht dasselbe Maß von Bewegungsfreiheit haben können, wie der Direktor einer privatkapitalistischen Aktiengesellschaft. Kann sich doch der Übergang eines einer Aktiengesellschaft gebührenden Unternehmens in den Besitz der Allgemeinheit dadurch vollziehen, daß die Aktien der Gesellschaft von Staat und Gemeinde übernommen werden, ohne daß Verwaltung und Geschäftsführung davon überhaupt berührt werden. Während des Krieges sind z. B. die Ze Wendelsche Werke in Vöhringen von der Heeresverwaltung übernommen worden und mit Hilfe des vorhandenen Personals mit gutem Erfolge weitergeführt worden. Warum soll das nicht auch nach einer Sozialisierung eines Betriebes möglich sein. Wenn die Männer, die heute auf Grund ihrer Kapitalmacht eine führende Rolle im Wirtschaftsleben spielen, in sozialisierten Betrieben nicht mitarbeiten wollen, so könnten beim Übergang Schwierigkeiten entstehen. Aber über kurz oder lang würde sich aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten Ersatz für sie finden.

Die Sozialisierung soll dem Zustand ein Ende machen, daß eine Handvoll Kapitalmagnaten dem ganzen Volke ihren Willen aufzwingen können. Aber Männer, die den Drang in sich verspüren, im Wirtschaftsleben schöpferisch tätig zu sein, die dem wirtschaftlichen und technischen Fortschritt Bahn brechen wollen, werden auch in sozialisierten Betrieben ein reiches Feld für ihre Tätigkeit finden. Dabei kann es nur ein Ansporn für sie sein, wenn sie wissen, daß sie mit ihrer Tätigkeit nicht ein paar hundert oder tausend bibelnden hungerigen Klienten, sondern der Gesamtheit ihrer Volksgenossen dienen.

Der Fall Hermes im Hauptauschub

Der Hauptauschub des Reichstages schloß am Dienstag die Besprechung der Angelegenheit Hermes fort. Staatssekretär Dr. Haber berichtet zunächst über den Fall Augustin, an der Entscheidung er reichlich beteiligt sei. Eine Besprechung sei nicht erwiesen, doch sei nicht erwiesen, daß Augustin von der Weichenannahme seitens seiner Frau etwas gewußt habe. Er (Haber) sei zu Staatssekretär Kamm gekommen, um festzustellen, ob der Fall bereits bekannt sei. Kamm erklärte, daß der Fall in die Presse gelangen werde. Nun habe für ihn festgestanden, daß Augustin und seine Frau eine Heirat eingetragenen, daß Augustin sich schon im März 1919 in der Strafkammer habe das Reichsministerium angesehen, er sei her Ansicht, daß das nur eingetragene Verfahren mit Freisprechung enden werde.

Minister Hermes teilte auf sozialistische Anfrage mit, daß die Reichshilfe für Gemische (Staatserwerbsamt u. A.) zwei Autos unterhalten habe, das zweite ohne Vorwissen des Reichsfinanzministeriums. Abg. Buehler (Centr.) gab der Überzeugung Ausdruck, daß mit zu schwerem Gewicht geschlafen worden sei. Immerhin sei die Sache eintrefflich nicht in Ordnung. Auch sei die Anschaffung eines so kostbaren Autos peinlich. Entlassung ohne Angabe der Gründe sei eine Verletzung des Rechtes. Von Korruption hinsichtlich des Ministers könne man nicht reden.

Abg. Dr. Heffersich (Dnat. Sp.) befragte die Versätze gegen die Sparmaßnahme. Ein Preis von 280.000 M. für ein Auto in städtischem Verkehr überhöht unter allen Umständen weit das Bedürfnis. Warum nehme man nicht ein Auto aus den Dienststellen der Beamten der Kriegespeichler? In der Zeit vor dem Kriege, als noch die alte Sparmaßnahme herrschte, hatte nur der Kanzler einen Zwölfpänner, der Minister des auswärtigen einen Einspänner. Alle übrigen Minister gingen zu Fuß oder nahmen eine Taxifahrer oder zahlten selbst, wenn sie fahren. Wir müssen zur alten Sparmaßnahme zurückkehren. Jetzt braucht jedes Ministerium für sein Auto jährlich 50.000 bis 80.000 M. Unterhaltungslohn. In H. 300 M. für den Arbeitstag. In Weimar habe jeder Minister ein Auto und die Entfernungen waren dort wirklich nicht groß. Die Verschwendungssucht kenne keine Grenzen. Das Finanzministerium wurde übergegangen, ja, nachdem Ende März das Auto angeschafft, wurde gegenüber dem Finanzministerium geltend gemacht, daß das Auto noch angeschafft sei. Der Beamte, der für solche Unausföhrlichkeiten verantwortlich ist, muß sofort an den Herrn gepöbel werden. Man hätte gegen Augustin ein Disziplinarverfahren einleiten müssen, in seinem Interesse und im Interesse des Amtes, auch im Interesse der Staatsautorität. Der Fall Augustin hat keine Bedeutung: Kamm und Adersbaugesellschaft. Das eine Kriegespeichler, an der Reich und Staat hat beteiligt sind, einen Besuchsbesuch unternimmt, geht doch über das Rahmenmaß. Ich kann mich in die Beamtenleere des Herrn Kamm wirklich nicht versetzen. Wenn ein Herr Lieber kommt und sagt: Ich möchte mich ansehen, einen Beamten zu besuchen, dann wirkt man Herrn Lieber heraus. Herr Lieber kommt wieder: „Ihre Hand ist verdammt!“ Dann schreibt man doch nicht einen Direktor Brief, sondern drängt auf volle Abrechnung. Der Fall Augustin unternimmt der gerichtlichen Klärung, der Fall Kamm ist klar. Ein Stand und ein geradezu unerhörtes Juchan.

Die Deutschnationalen Rum. Dr. Heffersich, Krüger und Dr. Kösike brachten folgende Anschließung ein: Die Reichsregierung wird aufgefordert, erstens die Maß der Reichslosten unterhaltenen Kraftwagen, einschließlich der Kriegespeichler, wesentlich einzuschränken, zweitens dem Reichstage ein Verzeichnis der am 1. Oktober 1919 und der am 1. Oktober 1920 auf Reichslosten unterhaltenen Kraftwagen, einschließlich der Kriegespeichler, vorzulegen.

Ministerialdirektor Schäfer teilte mit, daß das Reichsfinanzministerium auf Einschränkung der Dienstkraftwagen bedacht.

Abg. Koch (Soz.): Die haben ohne Zweifel eine nicht unbedeutende Korruption unter den Beamten, wie die Rechnung eine Klarverteilung bildet. Genaß haben wir eine große Zahl von Beamten, die trotz der schmerzlichen Zeit ihre volle Macht erheben. Wir verlangen aber

nicht nur persönliche Eigenhaftigkeit,

sondern der Minister muß den schwierigen Verhältnissen gerecht werden und gegen jede Korruption einschreiten. Im Falle Augustin muß mit aller Schärfe eingeschritten werden und die Verantwortung Augustin darf nicht etwa ein Examenient besetzen. Es geht das Reichsinteresse und das Wohl der Gesamtheit auf dem Spiele. Ueber den Preis des Autos wollen wir uns nicht äußern, hier sind wir nicht Sachmann. Wir stehen in einem schweren politischen Kampf. Die Schwereindustrie will jetzt gegen die Eisenwerke Vorgehen, wenn Parteien nicht am 1. November entlassen wird. Dazu darf der Minister seine Hand nicht bieten.

Finanzminister Wirth: Wir werden in der Ausarbeitung der Korruption in schriftlicher Form beteiligt sein. Der Fall Augustin wird untersucht und weiter behandelt werden. Forten ist ein hervorragendes tüchtiger Beamter. Ein Bericht ist von der Güte-Kommission her eingegangen und mir in der Bestimmung der Form nahegelegt, bis 1. November zu antworten. Ich muß es abwarten, der sollte zu entsprechen. Die vorliegenden Dinge werden geprüft und erledigt werden. Es geht auf der einen Seite die Schwereindustrie, auf der anderen ein pflichterfüllter Beamter. Es geht hier auf hart. Raum war fortentnommen, als sei die heftigsten Vorwürfe gegen uns erhoben worden. Wir sind ohne Ansehen der Person oder der Partei vorgegangen.

Abg. Rumm (Dnat. Sp.) wünscht Auskunft, zu welchen Preisen Bürgermeister Scheidemann die Möbel aus dem Schloß in Kassel gekauft hat.

Abg. Röhrs (Dnat. Sp.) verteidigt den Reichsminister Hermes, der der erste Minister ist, der die berechtigten Ansprüche der Landwirtschaft berücksichtigt.

Abg. Robert Schmidt (Soz.): Wir verurteilen die Handlung des Ministers als rein sachlichen Gründe. In Wirtschaftskrisen sollen die Dinge insofern recht eigenartig, da das Ministerium sehr weit entfernt ist und nur in dienlichen Angelegenheiten ein Auto zur Verfügung habe. Herr v. Tilly muß sich in der Sache nehmen, da er sich nicht von persönlichen Wünschen leiten ließe. Herr v. Tilly hat im Rohlebergbau Hochachtung verdient, und wir haben es seiner Energie zu danken, daß 130.000 Arbeiter im Bergbau mehr beschäftigt sind. Genaß soll man nicht von Sparsamkeit reden, sondern sie auch zur Anwendung bringen.

Finanzminister Wirth: Als wir die Anschuldigungen gegen den früheren Minister Gräberger gingen, habe ich sofort eine ernsthafte Untersuchung eingeleitet. Diese ist im Gange, und sobald sie abgeschlossen ist, werde ich darüber berichten. Ich glaube, daß ich im Laufe dieser Woche dazu kommen werde.

Abg. Koch (Soz.) antwortet auf die Anschuldigungen des Abg. Rumm, die dieser gegen Scheidemann erhoben hat, und verteidigt eine der Presse zugewandene Erklärung.

Abg. Fery (U. Soz. rechts): Es darf kein Unterschied gemacht werden, ob Augustin oder seine Frau die Güter angenommen hat. Ich habe aus dem Scheitern Augustin ermahnt, daß er selbst eine eingehende Untersuchung veranlasse. Nachdem dies der Fall ist, kommen wir zu der Befassung, daß nicht alle Schuld bei Augustin allein liegt und schließlich weitere Personen beteiligt sein dürften. Das Schweigen des Staatssekretärs ist auffällig. Fery bringt folgenden Antrag ein:

Die Reichsregierung zu ersuchen, sofort den Wortlaut des Ergebnisses der Untersuchung zu veröffentlichen, die von dem Reichsjustizminister und dem Reichsfinanzminister im Auftrag des Reichsbüros wegen der Verurteilung gegen den Reichsbeamtenminister Hermes angelegt worden ist.

Die Abstimmung ergibt, daß der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der unabhängigen Sozialdemokraten abgelehnt wird.

Eine russische Notenserie

Paris, 8. November. Aus London wird berichtet: Krassin, der bolschewistische Delegierte in London, hat am 1. November dem auswärtigen Amt eine Serie von Noten überreicht, die er von der Moskauer Regierung erhalten hat. Die erste dieser Noten erklärt, daß eine gewisse Anzahl englischer Getrangener am letzten Freitag an der finnischen Grenze dem Vertreter der britischen Mission übergeben wurde. Eine zweite Note verlangt von der englischen Regierung, daß sie sich jeder moralischen und materiellen Unterstützung des Chefs der Ukraine Petljura wie des Generals der Weissen Armee Bilanowitsch enthält. Die dritte Note protestiert gegen die Beschlagnahme des italienischen Dampfers Ancona durch englische Kriegsschiffe im Schwarzen Meer. Die

Orgeß, Befehl und Machtkampf

Die Organisation Orgeß, die die sogenannte Orgeß ist im bürgerlich regierten Bayern erlaubt, in Preußen und Sachsen, wo die Sozialdemokraten noch einen starken Einfluß auf die Regierung haben, ist sie verboten. Die Orgeß ist zweifellos - und das ist das Mindeste, was auch gesagt werden kann - eine Organisation, die sich darauf vorbereitet, zu irgendeinem Zeitpunkt mit Machtmitteln in die Staatsordnung einzugreifen, um sie zu schützen, wie sie selber sagt, um sie nach ihren Wünschen zu ändern, wie ihre Gegner behaupten.

Genosse Hermann Müller hat in seiner Reichstagsrede vom Sonnabend gesagt, wenn die Orgeß für gesetzlich erklärt werde, dann werde es sich die Arbeiter nicht nehmen lassen, auf herkömmlichen Grundlag ihrer eigene Selbstschutzorganisation zu gründen. Daß die Arbeiter nicht schon längst zu einer solchen Organisation gekommen ist, liegt an der Zersplitterung der Bewegung. Ein Teil der Arbeiterchaft ist bereit, die demokratische Republik als Errungenschaft der Revolution und als ewerliche Stellung im Klassenkampf zu verteidigen, ein anderer, viel kleinerer, möchte sie stützen, ein anderer, nicht näher bestimmtes, phantastisches Gedächtnis an ihre Stelle zu setzen. Daran ist die geschlossene Schutzorganisation der Arbeiterchaft bisher noch immer gescheitert.

Die Orgeß ist zweifellos dazu bestimmt, in Verbindung mit der Reichswehr handelnd auf den Plan zu treten. Von der Reichswehr hofft sie im gegebenen Augenblick Waffen zu erlangen, mit ihr zusammen hofft sie die Situation beherrschen und sie schließlich nach ihren eigenen Wünschen gestalten zu können. Dabei müssen es nur wenige Heißhörne sein, die in eine Wiederholung des Kapp-Putsches aus heller Haut heraus denken, die meisten der Führer rechnen wohl darauf, daß durch irgendeine kommunikative Adpellet das Signal zur Erhebung gegeben werden wird. Sie sind Hug genug, zu wissen, daß die Entscheidung in einem gewalttätigen Machtkampf wahrscheinlich durch die bisher unentwaffneten Massen gegeben werden wird, diese werden sich aber instinktiv gegen jenen wenden, in dem sie den Angreifer vermuten.

Die Sportartisten traten im Januar 1919 als Angreifer auf und wurden geschlagen. Die Kappisten wiederholten im März 1920 ihren Fehler und erlitten das gleiche Schicksal. Der Erfolg im Bürgerkrieg fällt mit 99 Prozent Wahrscheinlichkeit demjenigen Teil zu, der im Anfang als Verteiliger auftritt.

In einem Bürgerkrieg, der neun Neunten der Bevölkerung bezahlehen und gegen dessen vermeintlichen oder tatsächlichen Urheber sie sich mit Eut und Ingrimm erheben würden, hätte die Arbeiterchaft nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Reaktion

Ancona mit für Sowjetrußland bestimmten Waren beladen. Schließlich protestiert die Moskauer Regierung gegen die Besetzung Lord Curzons an die englischen Kriegsschiffe, die im Baltischen Meere sich aufhalten, die russischen U-Boote angzugreifen.

Wrangels Rückzug

London, 2. November. Eine drastische Meldung aus Moskau besagt, daß nach Ausfrage Troskys fünf Armeen die Ukraine des Generals Wrangel von allen Seiten hermalmen und daß das Schicksal der Hauptarmee Wrangels entschieden sei.

Konstantinopel, 2. November. Die Truppen des Generals Wrangel ziehen sich hinter die Perieopolin zurück. Am Mittwoch wird der Rückzug beendet sein. Eine Division hat schwere Verluste erlitten. Die angreifenden Bolschewisten werden auf 140.000 Mann geschätzt.

Eine Volksabstimmung über Wilna

Warschau, 2. November. (Reuters.) Polen hat den Vorschlag des Völkerverbundes angenommen, im Gebiete von Wilna eine Volksabstimmung vorzunehmen.

Die gefährdete Einheit

Basel, 2. November. Habas meldet aus London: Der französische Vorkämpfer in London sprach bei Lord George vor. Er gab namens der französischen Regierung die Erklärung ab, daß das holländische Vorgehen in England in der Frage der Wiederherstellung der Erfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages in ihrer Gesamtheit gefährde und damit zugleich die Einheit der Entente.

Der Paragraph 18

Der deutsche Vorkämpfer in Rom hatte eine lange Beratung mit dem italienischen Handelsminister über die Wiedergutmachungsfrage im Zusammenhang mit dem deutschen Bellig in Italien und dem italienischen Bellig in Deutschland. Man redet mit der Möglichkeit, daß Italien dem englischen Bellig folgen und ebenfalls einen Beschlagnahmeverzicht auszusprechen wird.

In dem Verzicht Englands auf Artikel 18 schreibt die Stampa: Der englische Verzicht ist nicht anders als die Anerkennung neuer Korwenndkeiten. England treibt seinen Nationalismus, sondern es treibt seine nationalen Interessen. Das Wort Verzicht aus Deutschland wurde von Frankreich und England abgelehnt ausgehandelt. Hierbei ist England im Dinteressen neutral, um diesen Vorsprung einzuholen, sage England diesen Paragraphen außer Kraft.

Keine Herabsetzung der Milchvieh-ablieferung

Basel, 3. November. Aus Paris wird offiziell die Berliner Nachricht demontiert, daß die französische Regierung die Zahl der von Deutschland abzuliefernden Röhre von 800.000 auf 400.000 herabgesetzt habe. Frankreich habe bei der Wiedergutmachungskommission dagegen protestiert. Der französische Bauer habe an den Kriegsvorgängen zu schwer zu tragen, als daß man einen solchen Verzicht rechtfertigen könne.

Eine neue Methode zu Deutschlands Ausplünderung?

Paris, 2. November. Zu der Meldung, daß in Brüssel eine Zusammenkunft zwischen dem Sachverständigen des Wiedergutmachungsausschusses und den deutschen Sachverständigen sowie im Anschluß daran eine Konferenz in Genf stattfinden dürfte, schreibt das Journal: Diese neue Konferenz bringt nichts, wenn sie sagen will, daß England seinen Standpunkt unerschütterlich vertritt. Es interessiert lediglich, ob die Alliierten bereit sind, eine praktische Lösung zu suchen und Deutschland aufzugeben. Alle anderen Methoden würden nur zu einer Enttäuschung führen.

Reichskabinett und Orgeß

Berlin, 2. November. In dem heute veröffentlichten Entwurf des preussischen Ministers des Innern Gehring über die Verlegung der Organisation Orgeß heißt es, die Reichsregierung habe in einer Kabinetsitzung vom 23. August 1920 anerkannt, daß die Orgeß als eine Umgehung der Einwohnervoten anzuweisen sei, so daß ihr Fortbestehen mit dem Veriaer Friedensvertrag nicht in Einklang zu bringen sei. Zur Klärung der Angelegenheit gibt die Reichsregierung den Weisung, daß sie am 23. August 1920 gefaßt und damals in der Presse veröffentlicht hat, noch einmal betont. Dieser Weisung lautet: Das Reichskabinett hat sich mit der Behandlung der Organisation Orgeß befragt. Die Reichsregierung war einmütig der Ansicht, daß dieser Organisation keine Aufnahmebehandlung zu gewähren sei und daß der Reichskommisrat für die Bewaffnung der Angehörigen dieser Organisation die Durchföhrung der Bewaffnung schon mit Rücksicht auf den Friedensvertrag und die Abmachungen von Spa nicht anders zu behandeln habe als andere Staatsbürger. Zu dem Verbot der Organisation Orgeß durch die preussische Regierung Stellung zu nehmen lag bei dem überörtlichen Charakter des Reiches für die Reichsregierung kein Anlaß vor, die Handhabung des Verbands und Verfassungsbereichs in den Ländern der Länder liegt und es den Vereinigten frei steht, aber die Reichsmöglichkeit des Verbands eine gerichtliche oder verwaltungsmäßige Entscheidung herbeizuföhren.

Die bayerischen Einwohnervoten

München, 2. November. Wie die Münchner Zeitung beiht, hat ein Ministeramt festgefunden, der sich unter anderem mit der Note der Entente zur Klärung der Einwohnervoten befaßt. Wie das Wort bemerkt, ist in der Angelegenheit der Einwohnervoten die Haltung der Regierung bekannt und unmissverständlich festgelegt. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Ministerpräsident Dr. von Kraut in den nächsten Tagen im Zusammenhang mit der Note der Entente zur Frage der Einwohnervoten nach Berlin reise.

Sächsischen Gewerkschaftskonferenz

Die Sächsischen Gewerkschaftskonferenz in Dresden wurde am Sonntag durch die Teilnahme der Vertreter der Betriebsräte erweitert. Zunächst berichtete Schilling, Leipzig, über das Ergebnis des Betriebsräte Kongresses.

Ergebnis des Betriebsräte Kongresses
Der Kongress hat im Anschluß an den Abschluß einer bestimmten Verhandlung in der Hauptsache, und zwar dahin, daß eine Teilung der Betriebe in Gewerkschaften für eine selbständige Betriebsräteorganisation zu haben war. Die Anhänger des Gedankens einer selbständigen Betriebsräteorganisation hätten vor allem die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gewerkschaften vor einer Neuorganisation geltend gemacht. Da es nun richtig, auf die Neuorganisation hin die politischen Parteien unabhängig, den Kampf zu führen. An diese Stelle wären die Gewerkschaften einzuspringen zu können. In diese Sache wären die Gewerkschaften einzuspringen zu können. In diese Sache wären die Gewerkschaften einzuspringen zu können.

Die Vertreter der Gewerkschaften, die sich von unpolitischen Elementen in die Gewerkschaften hineinzusetzen zu lassen.

Beitrag, Rue, meinte, daß sich selbst der Arbeitgeberverband (Sächsischer Gewerkschaften) dazu bereit sein sollte, die Einkommen der Gewerkschaften zu erhöhen. Er forderte, daß die Gewerkschaften für die Gewerkschaften die Gewerkschaften zu erhöhen. Er forderte, daß die Gewerkschaften für die Gewerkschaften die Gewerkschaften zu erhöhen.

Schilling, Leipzig, meinte, daß es notwendig sei, die Gewerkschaften zu erhöhen. Er forderte, daß die Gewerkschaften für die Gewerkschaften die Gewerkschaften zu erhöhen.

Klein, Leipzig, meinte, daß die Gewerkschaften zu erhöhen. Er forderte, daß die Gewerkschaften für die Gewerkschaften die Gewerkschaften zu erhöhen.

Die besagte, Dresden: § 6 der Verordnung über die Gewerkschaften sollte dahin geändert werden, daß diejenigen Gewerkschaften, die nicht durch einen Streik dadurch in Wirklichkeit gezwungen werden, daß ihnen Betriebsmittel nicht zur Verfügung stehen, des Arbeitslohnes nicht verlustig gehen, wenn trotz der Verurteilung vorliegen.

Darauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Folgender

Antrag

wurde einstimmig zum Beschluß erhoben:
Die Konferenz der Ortsausschüsse und Betriebsräte Sachsen fordert von der Regierung, daß sie zur Besserung der unbilligen Lage der Arbeiter, besonders durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit sich noch mehr als bisher energisch betätige. Ferner wird eine Änderung des § 6 des Gesetzes für solche Personen verlangt, die infolge Streiks anderer Berufsgruppen arbeitslos werden. Die Konferenz erklärt, daß die Verwirklichung der Interessen der Arbeiter nur durch ihre wirtschaftliche Organisation, die Gewerkschaften, erfolgt.

In einer persönlichen Bemerkung bestritt Pellig, Chemnitz, die Wichtigkeit der Behandlung der Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Er meinte, daß die Gewerkschaften in den Streitigkeiten mit den Arbeitgebern bereits vorgegangen, nur hätte der Streit einen Tag vor dem festgesetzten Tag eingeleitet.

Demnach sind die Arbeiten der Konferenz beendet. In seiner Schlussanrede stellt der Vorsitzende Hänzel fest, daß die Verhandlungen sehr fruchtbar waren, obwohl Vertreter aller politischen Richtungen innerhalb der Arbeiterschaft zu Wort gekommen seien. Das beweise, daß in der Arbeiterschaft immer noch einheitsstrebende und geschlossene gearbeitet werde. Er zeigte aber auch auf die Schwierigkeiten in den Kreisen der Gewerkschaften. Der Gedanke einer Vertiefung der Gewerkschaften sei wieder fast vollständig verschwunden.

Achtung, Unterbezirke Ost Sachsens!

Donnerstag den 7. November allgemeine Flugblattverbreitung. Mit dem allgemeinen Flugblatt wird zu gleicher Zeit ein Flugblatt für die Frauen und Mädchen mit ausgetragen. — Die Parteigenossen werden ersucht, sich rasch an dieser Verbreitung zu beteiligen, ebenso an den künftigen Wahlarbeiten. Die Bekanntmachung des Totals wird unterbezügliche geregelt.

Die Bildplakate sind abgeschickt. Bezirke, die keine erhalten haben sollten, bitten wir, dies bei uns zu melden.
Der Bezirksvorstand.

Wer ist wahlberechtigt zur Landtagswahl?

In der Bevölkerung herrscht die Ansicht, daß nur bevorstehenden Landtagswahl nur diejenigen wählen dürften, die die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen. Diese Meinung ist falsch. Wahlberechtigt sind, genau wie bei der Reichstagswahl, sämtliche männlichen und weiblichen Deutschen, die bis zur Wahltag, den 14. November, das 20. Lebensjahr erfüllt haben. Die Deutschsterrreider haben kein Wahlrecht. — Hierzu ist noch zu bemerken, daß diejenigen Gewerkschaften, die nach dem Wahltag wählen wollen oder müssen, aber die Wahltag nicht im Wohnort sein können, ihre Angehörigen beantragen, für ihre Person rechtzeitig einen Wahlchein zu beantragen.

Sächsische Angelegenheiten

Die Heiligschicht der Kommunisten
Das Geld muß noch viel größer werden!
Ein Brot muß 30 Mark kosten!

Von solchem Wahnsinn lassen sich jene Witzköpfe leiten, die alles ausbleiben, das Wort Kommunismus in Wirtschaft zu bringen. Was Kommunismus bedeutet, davon haben wenigstens 99 Prozent dieser Leute nicht die mindeste Ahnung, dafür führen sie die unfruchtbarsten Schlagworte mit großem Eifer auf.

Zur Kennzeichnung dieser Elemente hat in einer Wahlrede in Chemnitz der Arbeiterminister Feldt einen bemerkenswerten Beitrag geleistet. Er wies unter anderem auf die Erdrosselungs- und Mordpolitik der Elemente, besonders Frankreichs, hin und führte nach einem Bericht der Chemnitz Volksstimme im Anschluß daran aus:

Den französischen Militaristen arbeiten die deutschen Kommunisten in die Hände. Auch diese erklären, erst müsse Deutschland zertrümmert werden, dann erst komme der Wiederaufbau. Der werde aber dann ausbleiben. Der Kommunismus sei reaktionär. Links der Sozialdemokratie sei eine andere politische Partei nicht mehr möglich; nur für Sektier sei da noch Platz. Das lehre deutlich die Gegenwart. Bei den häufigsten Verhandlungen mit Arbeitlosen, die er oft zu führen habe,

sei von kommunistischen Führern wiederholt erklärt worden, das Brot müsse 30 Mark kosten und die Arbeiter dürften nur halb so viel verdienen wie jetzt. So mühte es kommen, da wäre der Zusammenbruch schneller da!

Das seien aber keine Vertreter der Arbeiter. Was sehen wir in Russland? Da ist alles zusammengebrochen und selbst unabhängige Truppenarbeit könne nicht mehr helfen.

Soldier in Russland braucht sicher nur festgesetzt zu werden, um den Arbeitern zu zeigen, daß sie in ihr Verderben rennen müßten, wenn sie auch nur bei der Landtagswahl den Kommunisten Gehilfschaft leisten würden.

Wer sabotiert unser Wirtschaftsleben?

In einer Bergarbeiterversammlung in Oelsnik i. S. trat am 30. Oktober den Regierungsvertretern ein 21jähriger Redakteur des Chemnitzer Kämpfer mit folgenden Behauptungen entgegen:

Die Regierungsvertreter glauben selbst nicht, was sie sagen!
Die Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Sabotage, weil's den Arbeitnehmern nicht mehr genug Profit einbringt, zu produzieren. Technische Neuerungen werden nicht gemacht, weil's Geld kostet.

Gerade jetzt hat der Reichstag eine Verlängerung der Arbeitszeit beschlossen.
Nach dieser Verlängerung gehen dieselben Regierungsvertreter zu allen übrigen Arbeitern, um auch sie zur Mehrarbeit aufzufordern.

Fragen Sie die Eisenbahner, die befähigten, daß alle Kohle ins Ausland verschoben wird.
Die Vergütungen für die achte Stunde sind der Jubel, der die Bergarbeiter antreibe, auch die übrigen Arbeiter zu helfen.

Ich habe mehr als die Regierungsvertreter das Recht, im Namen der Bergarbeiter zu sprechen.
Nicht nur meine achte Stunde wird verfahren, nein, die Bergarbeiter müssen auch lernen, die sieben Stunden zu verweigern!

Als der Referent diesem Jugendlichen, dem 100—150 von etwa 500 anwesenden Bergleuten fanatischen Beifall spendeten, die ihm gebührende Antwort geben wollte, vollführte er mit seinem Anhang einen derartigen Lärm, daß die Versammlung resultatlos auseinandergehen mußte. Obwohl die achte Stunde zu verfahren, sprengten diese Burken die Versammlung, weil es ihnen nicht auf den Ausbau des Wirtschaftslebens, sondern auf dessen völlige Vernichtung ankomme.

In der wenige Stunden darauf stattfindenden Bergarbeiterversammlung in Oelsnik i. S. trug der junge Bolschewist wieder mit seiner Sprechkolonne. Als der Vorsitzende darauf die Versammlung fragte, ob entgegen bisherigem Brauch wiederum Nichtbergleute das Wort erhalten sollten, stimmten fast sämtliche Anwesenden (etwa 400 Mann) mit Ja, obwohl nachweislich etwa 300 Mitglieder des Bergarbeiterverbandes darunter waren, deren Vertreter hinterher erklärten, sie hätten aus Angst vor dem Terror der Saboteure nicht dagegen zu stimmen gewagt.

Anfolge dieses Versammlungsbeschlusses leitete der Vorsitzende es ab, die Versammlung zum Zummelplatz (parteilicher Wirrwarr) zu machen und schloß sie kurzerhand, indem er mit den Vertretern der Regierung den Saal verließ.

Zunächst hat man darob verblüfft und sich mit langen Geschichten da. Dann aber übernahmen unter Töbelen und Schreien die Zurückbleibenden die Versammlung und gaben dem 21jährigen Gelegenheit, in zweifelhafter Rede auf Kosten der Arbeiter Moskauer Heilsprophezeien zu predigen und die Weltrevolution zu feiern. Aber schließlich: Das hatten die Arbeiter nicht gewollt, und da sie ihm das durch mangelnden Beifall deutlich zu erkennen gaben, wachte es die Sprechkolonne nicht mehr, die folgenden Versammlungen im Oelsnik-Gebiet fernhalten zu können. Infolgedessen nahmen diese einen erheblich erfreulicheren Verlauf.

Wer also sabotiert unser Wirtschaftsleben?

Sachsens Schuhwarenindustrie

Ueber die gegenwärtige Lage der sächsischen Industrie und ihre Aussichten für die nächste Zukunft hat der Verband Sächsischer Industrieller eine Umfrage bei dem Großen Ausschuss des Verbandes veranstaltet, die hinsichtlich der sächsischen Schuhwarenindustrie nachstehendes Bild gibt: Die Schuhwarenindustrie leidet ungemein unter der Erleichterung des Exports. Eine mangelhafte Beschlieferung des Inlandes und gestiegene Inlandspreise sind durch den Export von Schuhwaren nicht zu befrachten. Schon vor dem Kriege hatte die Schuhwarenindustrie ein großes Auslandsabgabebild, dessen Rückgewinnung durch die gesetzlichen Exportermäßigungen unüberwindlichweise verhindert wird. So müssen die Schuhfabriken ihre Betriebe einschränken und Entlassungen vornehmen, da der Inlandsbedarf bei den durch die hohen Material- und Hilfsstoffpreise und höhere bedingten Preise und dem erwartenden Preisrückgang gering ist. Es ist deswegen die Freigabe des Exports in erster Linie zu fordern, dann wird sich auch die gesamte Industrie wieder beleben.

Wenn diese Wünsche der Schuhfabrikanten auf freie Ausfuhr erfüllt würden, könnten diese wohl bald größere Gewinne einstreichen, das Inland aber würde keinen Bedarf mehr decken können. Vor allem aber würden die Schuhpreise gewaltig steigen. Es herrscht schon jetzt eine große Schuhnot im Lande. Nicht nur Hunderttausende von Kindern, auch die minderbemittelte Bevölkerung im allgemeinen hat keine Schuhe für die kalte Jahreszeit. Diese Not würde vergrößert, wenn man die Schuhausfuhr in einem Umfange zuliebe, wie das die von Gewinnabsichten geleiteten Schuhfabrikanten wünschen.

Wenn sich die Herren dabei auch auf die Arbeiter in der Schuhindustrie beziehen, so sei darauf hingewiesen, daß sie ausreichend Arbeitsgelegenheit haben würden, wenn der Schuhbedarf im Inlande gedeckt würde. Das wird aber in erster Linie durch die hohen Preise verhindert. Sie würden aber bei freier Ausfuhr ins Ausland noch mehr steigen. — Uebrigens können wir im Anschluß an das Ausgeführte noch mitteilen, daß sich nach dem Bericht der sächsischen Landesstelle für Arbeitsvermittlung die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen hinsichtlich der Schuhindustrie wesentlich günstiger gestaltet hat. Bis Anfang Oktober konnte ein großer Teil der erwerbslosen Schuhmacher wieder untergebracht werden. Die Schuhfabriken haben ihren Betrieb zum Teil wieder voll aufgenommen.

Unglücksfälle bei einem Großfeuer

Franken, 2. November. Ein Großfeuer zerstörte gestern zwei Niederlagen der bekannten Rognakbrennerei von G. L. Hänsel im benachbarten Wilthen. Infolge des herrschenden Sturmes war das ganze umfangreiche Werk schwer gefährdet. Jedoch gelang es den herbeigeeilten Feuerwehren, die Gefahr abzuwenden. Immerhin ist der angerichtete Schaden bedeutend. Ein Arbeiter jag sich durch Abwurf vom Dache schwere Verletzungen zu. Der Schloffer Koller von der Bauhner Waggonfabrik wurde von der Automobildampfwirre dieser Firma überfahren und getötet.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Der Sturm der letzten Tage und Nächte hat in Frauenstein vielen Schaden angerichtet. Besonders stark sind die Beschädigungen an den Leitungen des Lichtstromerbandes sowie an den Telegraphen- und Telefonleitungen. Zahlreiche Anschläge in der Stadt und in der Umgebung sind zerstört. Auch an den Grundstücken wurde großer Schaden angerichtet. Schiefer und Glasfenster liegen in großen Massen auf der Straße und laum ein Haus in der einen Ecke auf den Dächern des Dammes über. Der Sturm hat vor einigen Tagen auf den Dächern der Grangebirges gefallen. Die Berge und Schluchten sind von einem Schneehübel überdeckt. Der Schneehübel ist von einem Schneehübel überdeckt. Der Schneehübel ist von einem Schneehübel überdeckt.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Der Sturm der letzten Tage und Nächte hat in Frauenstein vielen Schaden angerichtet. Besonders stark sind die Beschädigungen an den Leitungen des Lichtstromerbandes sowie an den Telegraphen- und Telefonleitungen. Zahlreiche Anschläge in der Stadt und in der Umgebung sind zerstört. Auch an den Grundstücken wurde großer Schaden angerichtet. Schiefer und Glasfenster liegen in großen Massen auf der Straße und laum ein Haus in der einen Ecke auf den Dächern des Dammes über. Der Sturm hat vor einigen Tagen auf den Dächern der Grangebirges gefallen. Die Berge und Schluchten sind von einem Schneehübel überdeckt. Der Schneehübel ist von einem Schneehübel überdeckt.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Der Sturm der letzten Tage und Nächte hat in Frauenstein vielen Schaden angerichtet. Besonders stark sind die Beschädigungen an den Leitungen des Lichtstromerbandes sowie an den Telegraphen- und Telefonleitungen. Zahlreiche Anschläge in der Stadt und in der Umgebung sind zerstört. Auch an den Grundstücken wurde großer Schaden angerichtet. Schiefer und Glasfenster liegen in großen Massen auf der Straße und laum ein Haus in der einen Ecke auf den Dächern des Dammes über. Der Sturm hat vor einigen Tagen auf den Dächern der Grangebirges gefallen. Die Berge und Schluchten sind von einem Schneehübel überdeckt. Der Schneehübel ist von einem Schneehübel überdeckt.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Der Sturm der letzten Tage und Nächte hat in Frauenstein vielen Schaden angerichtet. Besonders stark sind die Beschädigungen an den Leitungen des Lichtstromerbandes sowie an den Telegraphen- und Telefonleitungen. Zahlreiche Anschläge in der Stadt und in der Umgebung sind zerstört. Auch an den Grundstücken wurde großer Schaden angerichtet. Schiefer und Glasfenster liegen in großen Massen auf der Straße und laum ein Haus in der einen Ecke auf den Dächern des Dammes über. Der Sturm hat vor einigen Tagen auf den Dächern der Grangebirges gefallen. Die Berge und Schluchten sind von einem Schneehübel überdeckt. Der Schneehübel ist von einem Schneehübel überdeckt.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Der Sturm der letzten Tage und Nächte hat in Frauenstein vielen Schaden angerichtet. Besonders stark sind die Beschädigungen an den Leitungen des Lichtstromerbandes sowie an den Telegraphen- und Telefonleitungen. Zahlreiche Anschläge in der Stadt und in der Umgebung sind zerstört. Auch an den Grundstücken wurde großer Schaden angerichtet. Schiefer und Glasfenster liegen in großen Massen auf der Straße und laum ein Haus in der einen Ecke auf den Dächern des Dammes über. Der Sturm hat vor einigen Tagen auf den Dächern der Grangebirges gefallen. Die Berge und Schluchten sind von einem Schneehübel überdeckt. Der Schneehübel ist von einem Schneehübel überdeckt.

Ball
Hummel
Klimas

In dem 1920er des Hinganges... Die Stadt Dresden...

Fleischverjorgung in der Stadt Dresden.

- 1. 125 Gramm Gefrierfleisch mit Knochen... 2. Voranmeldung bei einem hiesigen Metzger...

Kolofsetzverteilung.

Freitag den 5. n. Sonabend den 6. November 1920 wird die... Kolofsetzverteilung...

Kennnis.

Nach den Wahlnennungen treten hier die Wähler... Kennnis...

Landtagwahl in Heidenau und Wolkau.

Die nach § 10 des vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen... Landtagwahl...

Sonntag den 14. November 1920

normittags von 9 Uhr bis nachmittags 7 Uhr... Sonntag...

zum 1. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Alt-Heidenau (Südlich der Bahn):... zum 1. Wahlbezirk...

zum 2. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Alt-Heidenau (Südlich der Bahn):... zum 2. Wahlbezirk...

zum 3. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Wolkau:... zum 3. Wahlbezirk...

zum 4. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Wolkau:... zum 4. Wahlbezirk...

zum 5. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Wolkau:... zum 5. Wahlbezirk...

zum 6. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Wolkau:... zum 6. Wahlbezirk...

zum 7. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Wolkau:... zum 7. Wahlbezirk...

zum 8. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Wolkau:... zum 8. Wahlbezirk...

zum 9. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Wolkau:... zum 9. Wahlbezirk...

zum 10. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Wolkau:... zum 10. Wahlbezirk...

zum 11. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Wolkau:... zum 11. Wahlbezirk...

zum 12. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Wolkau:... zum 12. Wahlbezirk...

zum 13. Wahlbezirk:

Im Ortsteil Wolkau:... zum 13. Wahlbezirk...

Winter-Mäntel

in sehr großer Auswahl zu unsern bekannt billigen Preisen

Table with 3 columns of winter coats: Mäntel 98.00, Mäntel 145.00, Mäntel 195.00, etc.

Neue Kleider

Table with 3 columns of new dresses: Kleider 98.00, Kleider 195.00, Kleider 225.00

Neue Kleider in Seide und reiner Wolle

in wunderschönen und ganz entzückenden Ausführungen in sehr großer Auswahl

Table with 6 columns of dress prices: 850.00, 750.00, 675.00, 550.00, 475.00, 390.00

Prüfen Sie die großen Preisvorteile! Messow & Waldschmidt

Großer Posten Kostümröcke

Table with 2 columns of costume dresses: Serie I, Serie II, Serie III, etc.

IR Nähfaden advertisement with logo and text.

Winter-Ulster advertisement for men, women, and children.

Händler u. Wiederverkäufer advertisement for shoes.

Gummibesohlung advertisement for shoe soles.

Der Weg lohnt!!! advertisement for a concert.

Holländ. Margarine advertisement for butter.

Hafelnuss-Schokolade advertisement for chocolate.

Herrn-Unter advertisement for men's underwear.

Kraft- u. Seifen advertisement for soap.

Ullster-Woche advertisement for clothing.

Felle - Wolle advertisement for fur and wool.

Heine advertisement for a business.

Eilen Sie advertisement for a store.

Glocke advertisement for a store.

Muster-Koffer advertisement for suitcases.

Kohlennot advertisement for coal.

Wolle advertisement for wool.

Grammophon advertisement for records.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.

Wolle advertisement for wool.